

Linke kündigt Klage gegen Opernvotum an

Der Ratsbeschluss soll ein juristisches Nachspiel haben. Die Linke wirft der Stadtspitze vor, Fraktionen ungleich behandelt zu haben.

VON ALEXANDER ESCH
UND UWE-JENS RUHNAU

DÜSSELDORF Die Entscheidung des Stadtrates für den Bau der neuen Oper am Wehrhahn soll von einem Gericht überprüft werden. Die Linke kündigte am Mittwoch an, dass sie gegen den Beschluss klagen werde. Fraktionsgeschäftsführer Christian Jäger führt zur Begründung an, dass fünf von acht Fraktionen erst drei Tage vor der Sitzung von der neuen Verwaltungsvorlage erfuhren. Tatsächlich waren nur die Fraktionspitzen von CDU, SPD und FDP früh in die Pläne des Oberbürgermeisters eingeweiht. Jäger sagt dazu: „Es geht unserer Fraktion dabei um das undemokratische Zustandekommen des Beschlusses.“

Am 27. Juni hatte der Rat im nicht-öffentlichen Teil für den Ankauf des Wehrhahn-Areals (ehemals Kaufhof) gestimmt. Das geschah mit breiter Mehrheit, nur die Linke war dagegen. Die Grünen waren aus städtebaulichen Gründen dafür – allerdings sind sie weiterhin gegen eine neue Oper dort.

Mit Einzelheiten zum weiteren Vorgehen will Die Linke Anfang August an die Öffentlichkeit gehen. Die Erfolgchancen vor dem Verwaltungsgericht bewertet Jäger als „ausichtsreich“. Entscheidend sei, dass die Fraktionen ungleich behandelt worden seien. „Die Kartellbildung von Verwaltung und einigen Fraktionen zur geheimen Vorbereitung eines Ratsbeschlusses ist ein Verstoß gegen die Kommunalverfassung.“ Worauf die Klage zielt, ist noch offen, da sie auch noch nicht ausfor-



Der Stadtrat ist quasi über Nacht umgeschwenkt: Jetzt soll die neue Oper am Wehrhahn gebaut werden.

FOTO: ANDREAS BRETZ

muliert sei. Fraglich ist also, ob gar der Beschluss aufgehoben werden könnte. Für Jäger geht es aber auch darum, dass schwarz auf weiß ein Fehlverhalten festgestellt wird.

CDU-Fraktionschef Rolf Tups hält den Vorstoß der Linken für nicht zielführend. „Sie wissen ja selbst nicht, wohin sie damit wollen.“ Es gebe immer wieder Ratsentscheidungen, die mit Tischvorlagen beschlossen werden würden, manchmal würden bei besonderem Zeitdruck auch zunächst nur ein Verwaltungsvertreter sowie

zwei Politiker eine Entscheidung unterschreiben und ein Ratsbeschluss werde später eingeholt. Deswegen sei die Entscheidung aber nicht undemokratisch. „Natürlich hat es hier eine besondere Dimension“, gesteht Tups zu, „aber bei einer öffentlichen Diskussion über zwei Monate wäre die Oper vermutlich auf der Strecke geblieben.“ Genau das hätten die Führungen von CDU, SPD und FDP nicht gewollt.

Auch bei den Grünen, die der Oper skeptisch gegenüberstehen,

INFO

Was sagen Sie zum neuen Opern-Standort?

Ihre Meinung Im Juni 2023 entschied der Rat, dass die Oper an der Heinrich-Allee neu gebaut werden soll. Im Juni 2024 kam der Schwenk zum Wehrhahn. Was halten Sie davon? Schreiben Sie Ihre Meinung an duesseldorf@rheinische-post.de

verfängt der Linken-Vorstoß nicht. Für Fraktionschefin Mirja Cordes und Bürgermeisterin Clara Gerlach ist klar, „dass es um die politische Frage geht, ob am Wehrhahn die Oper gebaut werden soll oder nicht“. Selbst wenn nach einem Gerichtsurteil die Abstimmung wiederholt werden müsste, stünde die Mehrheit heute schon fest – die politische Frage aber bleibe.

Doch welche Erfolgsaussichten hätte die Klage der Linken? Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt

es laut Dominik Lück, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Partner von Dombert Rechtsanwälte, nicht. Denn es gebe dazu keine eindeutige Regelung im Kommunalrecht. Bei der Ausformulierung der Gemeindeordnung sei man nicht von derart politisiertem Handeln auf kommunaler Ebene ausgegangen. Nun komme es bei einer Gerichtsentscheidung auf den Einzelfall an.

Chancen räumt Lück den Linken grundsätzlich ein. So lasse sich aus der Geschäftsordnung für den Stadtrat ablesen, dass die Ratsmitglieder letztlich gleichzeitig per Mail über neue Unterlagen zur Tagesordnung informiert werden sollen. Wenn die Verwaltungsvorlage aber bereits vorher einem Teil der Fraktionen bekannt gewesen sei, könne das ein Angriffspunkt sein. Auch wenn es vorher mündliche, informelle Abstimmungen nur mit einem Teil der Fraktionen gegeben habe, sei die Frage, warum das nicht mit allen im dafür vorgesehenen Ältestenrat geschehen sei. Im Sinne des Oberbürgermeisters müsse aber bedacht werden, dass es selbstverständlich nicht verboten sei, Politik zu machen und Absprachen für große Entscheidungen zu treffen.

Das betont auch die Stadtspitze. Das Organisieren von Mehrheiten sei politischer Alltag, heißt es auf Anfrage unserer Redaktion aus dem Rathaus. Die Vorlagen zur Oper hätten allen Ratsmitgliedern gleichzeitig zur Verfügung gestanden. Man sehe einer Klage gelassen entgegen. „Für die Stadt ist nicht erkennbar, dass organische Rechte verletzt wären.“